

**PETER KREMER**  
RECHTSANWALT

PK

RA Kremer \* Heinrich-Roller-Straße 19 \* 10405 Berlin

Heinrich-Roller-Straße 19  
10405 Berlin

BLN – Berliner Landesarbeitsgemeinschaft  
Naturschutz e.V.  
z. H. Manfred Schubert  
Potsdamer Str. 68  
10785 Berlin

TEL: 030/ 288 76 783  
FAX: 030/ 288 76 788  
Funk: 0172 – 64 64 425

**auch per Fax: 26 55 12 63**  
**per eMail: [bln\\_berlin@t-online.de](mailto:bln_berlin@t-online.de)**


IN BÜROGEMEINSCHAFT MIT  
RECHTSANWÄLTIN KATRIN BROCKMANN  
UND RECHTSANWALT ULRICH WERNER

SAMSTAG, 28. JANUAR 2006



NABU Brandenburg  
„Haus der Natur“  
Lindenstraße 34  
14467 Potsdam  
**per Telefax: 0331/20 155 77**  
**per eMail. [maedlow@NABUbrandenburg.de](mailto:maedlow@NABUbrandenburg.de)**

**BLN ./ BA Treptow-Köpenick**  
**Unser Zeichen: 01-112**

Hallo Herr Schubert,  
hallo Herr Mädlow,  
sehr geehrter Herr ,

heute ist hier nun das Urteil des VG Berlin zur Beteiligungspflicht der BLN bei den Alleebaumfällungen auf dem Berliner Teil der Woltersdorfer Landstraße eingegangen. Das Verwaltungsgericht hat uns nicht nur Recht gegeben (dies stand ja bereits fest), sondern hat die Beteiligungspflicht sogar noch ein Stück erweitert. So heißt es auf S. 6 der Entscheidung:

*„Zulassung im Sinne des § 39 a Abs. 1 Nr. 4 a. F. bzw. Nr. 9 n. F. NatSchG BLN ist daher entgegen der vom Beklagten vertretenen Auffassung nicht nur das Ergebnis eines besonders ausgestalteten förmlichen Zulassungsverfahrens wie ein Planfeststellungsverfahren, sondern jede behördliche Bewilligung, Er-*

---

eMail:  
[rechtsanwalt@peter-kremer.de](mailto:rechtsanwalt@peter-kremer.de)

[www.peter-kremer.de](http://www.peter-kremer.de)

Bürozeiten:  
Mo - Fr 10 - 15 Uhr

*laubnis, Genehmigung, Zustimmung, Planfeststellung oder sonstige Entscheidung einer Behörde (vergl. § 15 Abs. 1 S. 1 NatSchG BLN). Vorhaben ist jede die Umwelt gestaltende, potentiell mit Eingriffen in Landschaft und Natur verbundene Maßnahme.“*

Das VG weitet also den Anwendungsbereich der beiden Begriffe Vorhaben und Zulassung deutlich aus. In dem konkret vorliegenden Fall hätte sogar die nur informell erteilte Zustimmung des Bezirksamtes zur Durchführung der Straßenerweiterung an die Brandenburgische Behörde ausgereicht, um das Vorhaben beteiligungspflichtig zu machen.

Erwartungsgemäß hat das VG dagegen die Frage, ob die Vorschrift auch im Innenbereich gilt, offen gelassen. Auf der Grundlage des recht eindeutigen Urteils würde es sich jetzt allerdings lohnen, bei der nächsten sich anbietenden Konstellation diese Frage in einem gerichtlichen Verfahren klären zu lassen.

Ich übersende Ihnen die Entscheidung per Fax in der Anlage sowie der BLN und Herrn [REDACTED] nochmals als gut lesbare Kopie per Post. Ihr Einverständnis voraussetzend erlaube ich mir außerdem, die Entscheidung einer juristischen Fachzeitschrift sowie dem Umweltinformationsdienst IDUR anzubieten.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Kremer  
Rechtsanwalt